

vhw

Geflüchtete im ländlichen Raum – eine Chance für die Kommunen?

Ein Gespräch mit Thomas Scholz, Bürgermeister von Mengerskirchen



Thomas Scholz, Bürgermeister vom Markt Flecken Mengerskirchen

Bei der Unterbringung und der Integration von Geflüchteten hat der vhw auch die spezifischen Herausforderungen von kleinen und mittleren Kommunen im Blick. Im Gespräch mit Thomas Scholz, Bürgermeister vom Markt Flecken Mengerskirchen (Gemeinde im Landkreis Limburg-Weilburg in Hessen mit 5.787 Einwohnern), wollten wir von einem lokalen Experten erfahren, wie Integration gerade im ländlichen Raum erfolgreich gestaltet werden kann.

Anna Becker vom vhw sprach mit ihm über den Umgang mit neuen Aufgaben, pragmatische Lösungsansätze, die kreative Nutzung kommunaler Handlungsspielräume und über die Bedeutung unterstützender Maßnahmen der Landes- und Bundesebene.

Anna Becker: Im Spätsommer 2015 sind die Grenzen für Geflüchtete geöffnet und diese in einem zunehmend geordneten Prozess über den Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer und Kommunen verteilt worden. Herr Scholz, auf welchem Wege sind die Geflüchteten in Ihre Gemeinde gekommen? Hatten Sie Einflussmöglichkeiten auf die Zuweisung?

Thomas Scholz: Die Aufnahme und Verteilung der Geflüchteten wird generell von den Landkreisen koordiniert. In Limburg-Weilburg wird anstelle von Zuweisung jedoch auf ein Dialogverfahren gesetzt. Zum Höhepunkt der Zuwanderung hat der Landkreis den Kommunen mitgeteilt, dass er unsere Unterstützung benötigt und auf die freiwillige Mitwirkungsbereitschaft der Gemeinden gesetzt. Dementsprechend haben sich viele Kommunen an der Unterbringung beteiligt – manche aber auch gar nicht.

Wie stellt sich denn aktuell die Situation der Zuwanderung und der Geflüchteten in Ihrer Kommune dar?

TS: Zurzeit haben wir in Markt Flecken Mengerskirchen acht Gemeinschaftsunterkünfte mit 150 Plätzen. Bei der Unterbringung war mir besonders wichtig, möglichst kleine Einheiten

zu finden und diese dezentral in den fünf Ortsteilen anzubieten. Durch enge Kooperation mit Privatleuten und Unternehmen ist uns das gelungen. Wir haben nur in einem Landhotel eine größere Unterkunft mit 34 Plätzen einrichten müssen.

Nach welchen Kriterien haben Sie die Unterkünfte ausgewählt? Was muss bei der Auswahl von Unterkünften besonders berücksichtigt werden?

TS: Ich habe jedes Gebäude persönlich begutachtet – und Abrisshäuser kamen grundsätzlich nicht in Frage. Es wurden nur Objekte ausgewählt, die den Ansprüchen einer angemessenen Unterbringung auch wirklich genügen. Das heißt, dass vor allem ausreichend Rückzugsräume im Innen- und Außenraum vorhanden sein müssen. Wenn dort Menschen aus verschiedenen Herkunftsländern auf sehr engem Raum zusammenleben, kann es sonst zu Konflikten kommen. Wichtig ist bei der Unterbringung zudem nicht auf Generallösungen zu setzen, wenn man den Bedürfnissen der Geflüchteten und denen der Anwohner gleichermaßen gerecht werden will. Die Frage der kleinteiligen Unterbringung kann daher nicht auf Bundes-, Landes- oder auch auf Kreisebene gelöst werden. Ich kann nur jeder Kommune empfehlen, sich das nicht überstülpen zu lassen.

Befindet sich Ihre Kommune denn noch im Prozess der Organisation der Erstaufnahme oder sind Sie bereits im Integrationsmodus angekommen?

TS: Ich würde sagen, bei uns laufen beide Prozesse parallel. Einige der Geflüchteten sind ja bereits seit knapp drei Jahren da.

Gab es in Ihrer Kommune eine Strategie für die Aufnahme der Geflüchteten? Wie sind Sie vorgegangen?

TS: Erst einmal galt es, die neue Situation als Tatsache anzunehmen: eine Tatsache, die es zu lösen gilt. Die Zuwanderung war da und wann sie enden würde, war nicht abzusehen. Aus der Vergangenheit wissen wir aber, dass ein Großteil der Menschen bei uns bleiben wird. Daher mussten wir uns die Frage stellen: Was heißt das für uns und was müssen wir jetzt konkret tun? Das war dann ein schrittweises Herantasten. Als Erstes galt es, alle Gremien, das Rathaus, den Gemeindevorstand und die Ortsbeiräte auf eine konstruktive Lösung dieser Frage auszurichten – und dann die notwendigen Unterkünfte und die Infrastrukturen bereitzustellen.

Auf welche vorhandene Infrastruktur konnten Sie in Ihrer Gemeinde denn zurückgreifen? Wo waren und wo sind heute die vordringlichen Bedarfe?

TS: Wir sind nun in der glücklichen Situation, dass es unserer Kommune finanziell recht gut geht. So hatten wir schon vor der Neuzuwanderung als freiwillige kommunale Leistung ein Familienbüro eingerichtet, welches Beratung für Familien, Kinder, Jugendliche und Senioren anbietet. Auf dieser sozialen Infrastruktur ließ sich gut aufbauen. Ich hatte mir zudem das Ziel gesetzt, dass jedes in unsere Gemeinde kommende Flüchtlingskind noch in der gleichen Woche einen Platz in der Kita oder der Schule erhält. Und das ist auch gelungen. Zudem sollte für alle zusätzlich Sprach-Unterricht am Nachmittag angeboten werden.

Von wem werden diese zusätzlichen Leistungen finanziert?

TS: Diese Leistungen werden von der Kommune selbst getragen. In unserer Gemeinde läuft zwar auch viel ehrenamtlich, was man hoch anerkennen muss. Aber diese Aufgabe kann natürlich nicht allein gestemmt werden. Daher haben wir ein Jahr später auch einen Flüchtlingskoordinator eingestellt. Finanziell haben wir die Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte ebenfalls mit in die Pflicht genommen. Die Eigentümer, die Katholische Kirche und die Kommune dritteln sich die Kosten pro Flüchtling, das sind ca. 20–30 Euro pro Monat. Das ist für jeden der Beteiligten händelbar. Vom Kreis erhalten wir 5 Cent pro Flüchtling und Tag. Das ist das, was bei uns unten ankommt.

Gibt es bereits Ideen oder Strategien, um die Geflüchteten in den lokalen Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren?

TS: In Zusammenarbeit mit den ansässigen Unternehmen haben wir uns bereits um Praktikumsplätze für die Jugendlichen gekümmert. Sie sollen Einblicke in unterschiedliche Berufsfelder und lokale Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten, denn hier klaffen die Berufswünsche sowie individuelle und strukturelle Möglichkeiten noch sehr weit auseinander. Meine Erfahrung ist, dass die Sprache zu erlernen und in Ausbildung zu kommen eine hohe lokale Bindungswirkung entfaltet. Die Menschen haben so das Gefühl, wirklich dazuzugehören. Wir mussten jetzt gerade 40 unbegleitete Flüchtlinge verabschieden, die in andere Unterbringungen umziehen. Viele der Jugendlichen wären gern vor Ort geblieben. Für acht Jugendliche hatte wir in Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft bereits Einstiegsqualifikation und Ausbildungsplätze organisiert. Auch solche Formen der Zusammenarbeit kann man nicht von oben anordnen. Das geht nur vor Ort und durch den persönlichen Kontakt zu den lokalen Unternehmen.

Sie sprachen bereits von dem ehrenamtlichen Engagement in Ihrer Kommune. War es leicht, die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft zu erhalten? Wie war die

Stimmung in der Bevölkerung, als die Geflüchteten angekommen sind?

TS: Wir haben erst einen übergeordneten Helferkreis ins Leben gerufen. Und vor Ort hat sich zu jeder Unterkunft auch gleich ein lokaler Helferkreis zusammengefunden. Natürlich gab es auch Bedenken und Vorurteile – und zwar auf beiden Seiten. Aber durch die Zusammenarbeit und den direkten Kontakt ist die Stimmung im Alltag sehr positiv. Hier zeigt sich, dass Integration nur vor Ort funktionieren kann – vor allem, wenn man den Menschen die Möglichkeit zur Begegnung gibt. So können Ressentiments und Vorurteile abgebaut werden. Und vielleicht trägt auch dazu bei, dass wir in unserer Gemeinde bereits Erfahrungen mit Zuwanderung durch Spätaussiedler haben. Zu der Zeit ist unsere Gemeinde von 4.800 auf 6.000 Einwohner angewachsen. Das hat nicht nur der Entwicklung unseres Ortes gutgetan, sondern zu einem selbstverständlicheren Umgang mit verschiedenen Nationalitäten und Kulturen beigetragen. Trotzdem gab es natürlich weiterhin vereinzelte Vorbehalte in der Bevölkerung, die auch in Bürgerversammlungen thematisiert wurden. Die Vertreter von Politik und Verwaltung auf dem Podium mussten hier aber gar nicht eingreifen, weil die geäußerten Ängste und Bedenken unter den Teilnehmern selbst ausgehandelt wurden.

Sie erwähnten, dass auch bei den Geflüchteten Vorbehalte vorhanden waren? Was waren das für Vorbehalte?

TS: Nun ja. Wir sind eine kleine Gemeinde mit knapp 5.800 Einwohnern. Die nächsten größeren Städte wie Limburg oder Gießen sind 30 bzw. 50 Kilometer weit entfernt. Und die meisten Geflüchteten wollen nicht auf dem Land, sondern in der Stadt leben. Das kann verschiedene Ursachen haben: Die Infrastrukturen und Versorgungsmöglichkeiten, der Anschluss an die eigene ethnisch-kulturelle Gemeinschaft oder es wird schlicht davon ausgegangen, dass dort bessere Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind. Vielfach kommen die Zugewanderten selbst aus Großstädten und das Leben dort wird mit Sicherheit und Lebensqualität in Verbindung gebracht.

Und wie kommt es, dass die Geflüchteten dann trotzdem in Mengerskirchen bleiben?

TS: Da kann ich Ihnen ein Beispiel nennen: Zu uns kam eine irakische Familie, die unbedingt ganz schnell wieder in die Stadt ziehen wollte. Heute möchten sie auf jeden Fall in Mengerskirchen bleiben, da sie so viel Unterstützung erhalten hat. Außerdem gibt es auch Geflüchtete, die in die Stadt gezogen sind und denen es nicht gelungen ist, dort Fuß zu fassen. So etwas spricht sich natürlich rum. Zudem ist es wichtig, den Geflüchteten im ländlichen Raum Mobilitätsmöglichkeiten zu geben, um auch täglich in die nächstgrößeren Städte zu kommen. Wenn die Dinge stimmen, die die Menschen für den Alltag brauchen, dann bleiben sie auch. Natürlich wollen manche trotzdem wegziehen, zum Beispiel wenn sie Familie an einem anderen Ort haben. Aber meine Erfahrung ist, dass



die Bildungschancen für die eigenen Kinder höher bewertet werden als Verwandte in Frankfurt am Main.

Was ist für Sie denn zusammenfassend notwendig, damit die Integration der Geflüchteten vor Ort gelingt?

TS: Ich würde sagen, das lässt sich auf fünf zentrale Punkte herunterbrechen: Erstens muss die Offenheit in der Bevölkerung vorhanden sein. Zweitens müssen Bildungsmöglichkeiten von null bis ins hohe Alter angeboten werden. Drittens muss der Zugang zur Versorgung stimmen. Dazu zählen Mobilität, Breitbandversorgung und bedarfsentsprechende Einkaufsmöglichkeiten. Viertens muss ein klares Signal aus der kommunalen Politik kommen, dass die Aufnahme von Geflüchteten ebenso eine Pflichtaufgabe darstellt wie Wasserversorgung und Straßenbau – und man dafür auch Geld benötigt. Und fünftens brauchen wir ein beschleunigtes Asylverfahren, um Planungssicherheit zu haben.

Wo würden Sie im Vergleich zu heute Vorteile durch die Einführung der Wohnsitzauflage sehen?

TS: Das ist eine wirklich interessante Frage, die sich ohne die Kenntnis der Größendimension aber kaum beantworten lässt. Wenn wir die aktuellen Zuwanderungszahlen nehmen und die Verteilung über den Königsteiner Schlüssel, dann wären das 58 Personen in meiner Gemeinde – und bei so einer Zahl bin ich vollkommen entspannt. Da stellt sich eher die Frage wie viele zusätzliche Regulationsmechanismen bei der Anzahl an Geflüchteten, die dann tatsächlich bleiben, wirklich notwendig sind.

Herr Bürgermeister Scholz, wir danken Ihnen für das Gespräch.

City Health International Conference 2017 in Basel

Unter dem Titel „Empowerment, Engagement and Partnership: participating to develop healthy cities“ findet am 13. und 14. September 2017 in Basel die sechste internationale Konferenz statt.

Gesundheit betrifft uns alle. Die Frage ist, wie wir Gesundheit fördern und erhalten können. City Health International ist eine Tagungsreihe, die sich dieser Frage im Kontext von Stadt und Quartier annimmt. Der Setting-Ansatz der Ottawa-Charta (1986) betont, dass Partizipation ein entscheidendes Kriterium für gelingende Gesundheitsförderung und Prävention ist. Dazu gehören Empowerment der Bevölkerung und das Einbeziehen verschiedener Anspruchsgruppen. Wie diese Konzepte und Prinzipien in die Praxis umgesetzt werden können, damit sie einen Nutzen für die Bevölkerung entfalten, will die Konferenz anhand verschiedener Themenfelder erörtern. Wissenschaft, Politik und Praxis aus unterschiedlichen Ländern treffen sich an der Konferenz. Gemeinsam diskutieren sie um wichtige Ansätze und gute Praxisbeispiele kennenzulernen. Ruth Dreifuss, ehemalige Bundespräsidentin und heutige Vorsitzende der Global Commission on Drug Policy (Weltkommission für Drogenpolitik) wird die Memorial Lecture halten.



Die Konferenz wird gemeinsam organisiert von „Knowledge-Action-Change“ (London) und der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW. Die Konferenzsprache ist Englisch. Weitere Informationen zur Konferenz und zum Call for Abstracts unter: <https://cityhealthinternational.org/2017>

Kontakt

Prof. Carlo Fabian, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung, Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Basel

carlo.fabian@fhnw.ch

335,00 Euro für Mitglieder des vhw

395,00 Euro für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

Tel.: 030 390473-325 oder unter www.vhw.de



Foto: © Staatskanzlei Kanton Basel-Stadt